

J
A
H
R
E
S
B
E
R
I
C
H
T
2
0
2
5

REGISTER
MARZAHN-
HELLERSDORF



ANHALTEND HOHES NIVEAU
EXTREM RECHTE, RASSISTISCHE UND
DISKRIMINIERENDE VORFÄLLE

Zwischen Rückgang und Verfestigung: Die Entwicklung im Jahr 2025

Im Jahr 2025 wurden in Marzahn-Hellersdorf insgesamt 970 extrem rechte und diskriminierende Vorfälle dokumentiert. Damit blieb das Niveau trotz eines leichten Rückgangs gegenüber dem Vorjahr (1.052 Fälle) weiterhin sehr hoch. Besonders auffällig ist, dass sich die Fallzahlen im Vergleich zu 2023 (531 Fälle) nahezu verdoppelt haben und sich damit auf einem dauerhaft erhöhten Niveau stabilisieren. Im Durchschnitt ereigneten sich 2,66 Vorfälle pro Tag, also etwa alle neun bis zehn Stunden ein Vorfall. Trotz des leichten Rückgangs macht der Bezirk weiterhin rund 12 % aller berlinweit registrierten Vorfälle aus und gehört damit zu den am stärksten betroffenen Bezirken. Innerhalb Berlins liegt Marzahn-Hellersdorf inzwischen auf Rang drei (2024 noch auf Rang eins), hinter Treptow-Köpenick und Mitte.

Auch innerhalb des Bezirks verschoben sich die Schwerpunkte: Besonders in Hellersdorf-Ost kam es zu einem deutlichen Anstieg. Insgesamt konzentrierten sich die Vorfälle im letzten Jahr stärker auf Hellersdorf (Nord: 21 %, Ost: 19 %, Süd: 14 %), während sie in Marzahn-Süd (2025: 9 %; 2024: 15 %) und Marzahn-Mitte (2025: 11 %; 2024: 13 %) zurückgingen.

Dominante Akteure und ideologische Hintergründe

Ein Großteil der Vorfälle steht weiterhin im Zusammenhang mit der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ und ihrer Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“. Insgesamt konnten 394 Vorfälle im Bezirk diesen Strukturen zugeordnet werden (2024: 400; 2023: 180). Damit ist der Bezirk berlinweit mit Abstand am stärksten betroffen – in anderen Bezirken wie Spandau, Tempelhof oder Zehlendorf wurden meist nur rund 10 Fälle registriert.

Inhaltlich richteten sich die meisten Vorfälle von „Der III. Weg“ gegen politische Gegner*innen (266 Fälle), wobei es sich überwiegend um Propagandaaktionen wie das Anbringen von Plakaten und Aufklebern im öffentlichen Raum handelte. Dahinter folgen rassistische Motive (233 Fälle) sowie NS-verharmlosende oder -verherrlichende Inhalte (223 Fälle). Im Kontext eines Aufmarschs am 29.03.2025 in Hellersdorf-Ost und -Nord kam es darüber hinaus auch zu Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien sowie drei registrierten Übergriffen. Die adressierten Gegner*innen waren dabei vor allem Antifaschist*innen, politische Gegner*innen der extremen Rechten sowie marginalisierte Gruppen: So fanden sich vielfach Aufkleber und Plakate mit Slogans wie „Deutschland den Deutschen“, „Fck Antifa“ oder „Kampf der Rotfront“, die einen völkischen Nationalismus propagieren bzw. sich explizit gegen Antifaschist*innen richten. Teilweise wurde offen zur Gewalt gegen diese aufgerufen, etwa durch entsprechende Sticker im Umfeld von Haltestellen oder an Stromkästen. Ergänzend traten queerfeindliche und antifeministische Inhalte sowie rassistische und beleidigende Äußerungen auf, etwa im Rahmen von Gegenprotesten, bei denen Demonstrierende als „scheiß Kanaken und scheiß Zecken“ beschimpft wurden. Auch Schmierereien wie der Zahlencode „1161“ (Anti-Antifaschistische Aktion) verdeutlichen die Feindbildkonstruktion gegenüber antifaschistischem Engagement.

Auffällig ist, dass Rassismus erstmals zu den häufigsten Motiven gehört und klassische neonazistische Ideologie weiterhin eng mit aktuellen Feindbildern verknüpft wird.

Alltag sichtbar geprägt: Formen rechter und diskriminierender Vorfälle

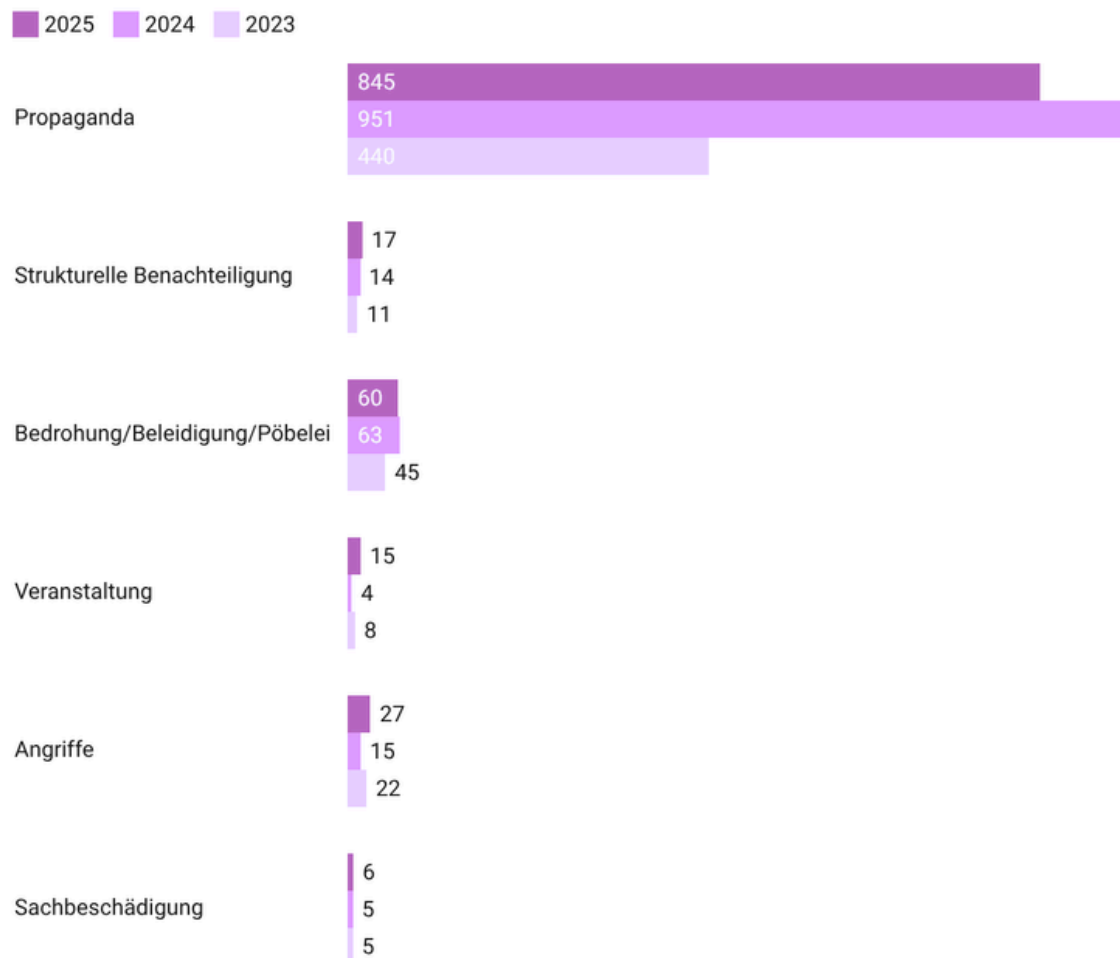
Den größten Anteil machten weiterhin Propagandadelikte aus. Insgesamt wurden 845 Fälle registriert (2024: 951). Dazu zählen insbesondere Aufkleber, Flyer und Schmierereien im öffentlichen Raum.

Thematisch richteten sich diese vor allem:

- gegen politische Gegner*innen (243 Fälle)
- oder dienten der NS-Verharmlosung oder Verherrlichung (206 Fälle, darunter 75 Hakenkreuze).

Weitere Schwerpunkte waren rassistische Inhalte (170 Fälle) sowie rechte Selbstdarstellung (156 Fälle). Häufig handelte es sich um Aufkleber mit antimuslimischen oder anti-Schwarzen Aussagen, die sich gegen geflüchtete Menschen richteten und beispielsweise Abschiebungen propagierten. Solche Propaganda findet sich besonders an Bahnhöfen, Haltestellen und im Straßenraum und dient häufig dazu, Räume symbolisch zu markieren und ein Klima der Einschüchterung zu erzeugen.

Vorfallsarten im Bezirk Marzahn-Hellersdorf



Erstellt mit Datawrapper

Zunehmende Gewaltbereitschaft: Angriffe und ihre Dynamik

Besonders besorgniserregend ist die Entwicklung im Bereich der körperlichen Gewalt: Die Zahl der Angriffe stieg auf 27 Fälle und erreichte damit einen neuen Höchststand (2024: 15; bisheriger Höchstwert 2017: 24).

Der Großteil dieser Angriffe war rassistisch motiviert (18 Fälle). Fünf richteten sich gegen als muslimisch wahrgenommene Personen, einer gegen eine Schwarze Person und ein weiterer war antiziganistisch motiviert.

Weitere sieben Angriffe richteten sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten, zwei gegen queer gelesene Personen.

Die Beispiele verdeutlichen die konkrete Gewaltpraxis:

- Eine Person wurde angegriffen und mit dem Tod bedroht, nachdem sie einen Aufkleber mit der Aufschrift „I <3 Hitler“ entfernt hatte.
- Bei einem Neonaziaufmarsch wurden Gegendemonstrierende sowie Medienvertreter:innen angegriffen.
- In mehreren Fällen wurden Frauen mit Kopftuch bespuckt, beleidigt und körperlich angegriffen, teilweise wurde versucht, das Kopftuch herunterzureißen.
- In Hellersdorf-Ost wurden Kinder rassistisch beleidigt und mit Feuerwerkskörpern beworfen.

Diese Beispiele zeigen, dass sich Gewalt nicht nur gegen politisch aktive Personen richtet, sondern auch gezielt gegen marginalisierte Gruppen im Alltag.

Verbale Gewalt im öffentlichen Raum: Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien

Verbale Angriffe wie Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien bewegten sich mit 60 Fällen weiterhin auf einem hohen Niveau (2024: 63). Auch hier war Rassismus das häufigste Motiv (26 Fälle), darunter mehrere Fälle von anti-Schwarzem Rassismus sowie einzelne antimuslimische und antiasiatische Vorfälle.

An zweiter Stelle standen NS-verherrlichende Vorfälle (16 Fälle), darunter zahlreiche Hitlergrüße. Diese Vorfälle ereigneten sich vor allem:

- im öffentlichen Raum (21 Fälle),
- an Bahnhöfen und im ÖPNV (15 Fälle),
- in Bildungseinrichtungen (8 Fälle)
- sowie bei Veranstaltungen (6 Fälle).

Ein besonders auffälliges Ereignis war ein Neonaziaufmarsch der Kleinstpartei „Der III. Weg“ am 29.03.2025 in Hellersdorf, bei dem mehrere Gegendemonstrant*innen und Pressevertreter*innen bedroht und angegriffen wurden.

Öffentliche Inszenierung: Veranstaltungen und Aufmärsche

Die Zahl extrem rechter Veranstaltungen stieg deutlich auf 15 (2024: 4) und näherte sich damit dem bisherigen Höchststand aus dem Jahr 2021 (18).

Die meisten Veranstaltungen fanden in Hellersdorf-Nord statt. Inhaltlich standen vor allem rechte Selbstdarstellung – etwa in Form von Infoständen, die von der Kleinstpartei „Der III: Weg“ sowie ihrer Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ) organisiert wurden - im Vordergrund, aber auch Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und NS-Verharmlosung spielten eine Rolle.

Ein zentrales Ereignis war ein Neonaziaufmarsch am 29. März 2025, an dem etwa 250 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet sowie international durch einen Livestream teilnahmen.

Solche Veranstaltungen tragen erheblich zur Sichtbarkeit extrem rechter Strukturen bei und verstärken Einschüchterungseffekte gegenüber der Zivilgesellschaft.

Zwischen Beschädigung und Ausgrenzung: Weitere Vorfallsarten

Die Zahl der Sachbeschädigungen blieb mit sechs Fällen auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr. Beispiele sind:

- wiederholte Beschädigung eines Autos mit rassistischen Parolen,
- Schmierereien an einer Geflüchtetenunterkunft,
- das Herunterreißen einer Trans-Pride-Flagge am Bezirksamt Marzahn.

Im Bereich der strukturellen Benachteiligung wurden 17 Fälle dokumentiert (2024: 14), davon 13 antiziganistisch motiviert. Betroffene berichteten insbesondere von verweigerter Unterstützung in Behörden, Arztpraxen oder Bildungseinrichtungen.

Feindbilder im Fokus: Entwicklungen der Vorfallsmotive

Der häufigste Motivbereich blieb der **Kampf gegen politische Gegner*innen** (266 Fälle), auch wenn hier ein Rückgang zu verzeichnen ist.

An zweiter Stelle steht inzwischen **Rassismus** (233 Fälle), der erstmals andere Motive überholt hat. Besonders gestiegen sind dabei antiziganistische und antimuslimische Vorfälle.

Weitere Entwicklungen:

- **NS-Verharmlosung:** 223 Fälle (auf gleichem Niveau zum Vorjahr)
- **rechte Selbstdarstellung:** 163 Fälle (deutlicher Rückgang)
- **queerfeindliche Vorfälle:** 60 Fälle (neuer Höchststand)
- **antisemitische Vorfälle:** 23 Fälle (ebenfalls Höchststand, aber im berlinweiten Vergleich weiterhin niedriger)

Antisemitische Vorfälle äußerten sich häufig durch Schmierereien, Aufkleber oder Parolen im öffentlichen Raum sowie vereinzelt bei Hochschulveranstaltungen. Wie in den letzten Jahren wurden in den Bereichen **Antifeminismus** (2025: 1; 2024: 5), **Behindertenfeindlichkeit** (2025: 1; 2024: 1) und **Sozialchauvinismus** (2025: 0; 2024: 1) kaum Vorfälle dokumentiert. In den letzten beiden Motivkategorien ist von einer großen Dunkelziffer auszugehen, da besonders marginalisierte Betroffene kaum über Ressourcen verfügen, Erfahrungen zu melden bzw. diese so regelmäßig auftauchen, dass eine Gewöhnung stattfindet.

Ungleich verteilt: Räumliche Schwerpunkte im Bezirk

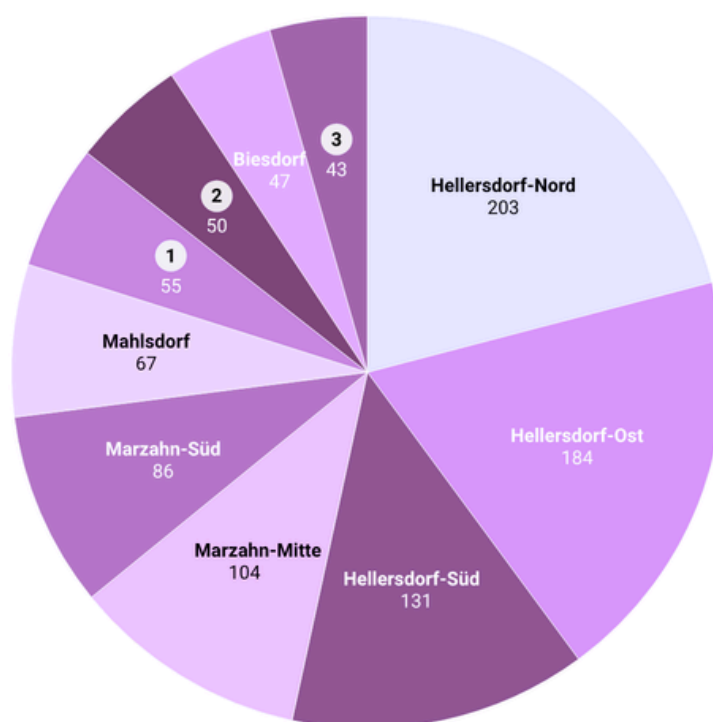
Die meisten Vorfälle wurden in Hellersdorf-Nord (2025: 203 Fälle; 2024: 193), Hellersdorf-Ost (2025: 184; 2024: 104) und Hellersdorf-Süd (2025: 131; 2024: 136) registriert. Zusammen machen diese Ortsteile mehr als die Hälfte aller Vorfälle aus.

Allein dort wurden über die Hälfte aller Propagandadelikte (470 von 845) erfasst.

Rückgänge gab es insbesondere in Marzahn-Süd (2025: 86 Fälle; 2024: 162) und Marzahn-Mitte (2025: 104; 2024: 139). Gleichzeitig stiegen die Zahlen in Marzahn-Nord deutlich an (2025: 55; 2024: 21).

In den Ortsteilen, die von Einfamilienhaussiedlungen geprägt sind, lagen die Vorfallszahlen im zweistelligen Bereich. In Biesdorf halbierte sich die Zahl (2025: 27; 2024: 93). Auch in Kaulsdorf (2025: 43; 2024: 76) und Mahlsdorf ging sie zurück (2025: 67; 2024: 107).

Anteile der Vorfälle nach Ortsteilen



1 Marzahn-Nord 2 Bezirkweit/Unbekannt (MH) 3 Kaulsdorf

Erstellt mit Datawrapper

Verlauf über das Jahr: Auffälligkeiten und Einordnungen

Die Vorfälle verteilten sich über das gesamte Jahr, mit einem Höhepunkt im Januar (129 Fälle).

Auffällig ist jedoch ein Rückgang der gemeldeten Vorfälle ab der zweiten Jahreshälfte. Dieser hängt vermutlich weniger mit einer tatsächlichen Verbesserung der Lage zusammen, sondern vielmehr mit eingeschränkter Dokumentation, etwa durch Personalausfälle.

Gerade im Bereich der verbalen Anfeindungen zeigt sich dies deutlich: Während in der ersten Jahreshälfte noch rund 50 Fälle registriert wurden, waren es in der zweiten Hälfte nur noch 11.

Es ist daher für die zweite Jahreshälfte 2025 von einer besonders hohen Dunkelziffer auszugehen.

Fazit: Ein anhaltend hohes Niveau und Anstieg der Gewalt

Das Jahr 2025 zeigt ein anhaltend hohes Niveau der Vorfallszahlen. Der leichte Rückgang ist mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die eingeschränkte Dokumentationspraxis in der zweiten Jahreshälfte zurückzuführen. Besonders besorgniserregend bezüglich der Entwicklungen 2025 ist die deutliche Zunahme an Gewalttaten.

Der Bezirk bleibt ein zentraler Ort extrem rechter Aktivitäten in Berlin, insbesondere durch die starke Präsenz organisierter Akteure wie „Der III. Weg“.

Die Entwicklung macht deutlich, dass es sich nicht um kurzfristige Schwankungen handelt, sondern um ein langfristig verfestigtes Problem, das im öffentlichen Raum und Alltag vieler Menschen spürbar ist.

Impressum

Registerstelle Marzahn-Hellersdorf
Stiftung SPI
Belforter Straße 20
10405 Berlin
E-Mail: register-mh@lvs.stiftung-spi.de
Telefon: +49 172 869 54 97

Der Artikel wurde von der Registerstelle zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf verfasst.

Stand Mai 2026

V.i.S.d.P.:
Andrea Niemann
Belforter Straße 20
10405 Berlin

Gefördert durch		im Rahmen von	
BERLIN			DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	

Stiftung SPI
Lebenslagen, Vielfalt &
Stadtentwicklung

